

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Feldmeier)

## Die Wortwahl bringt es an den Tag

Seit kurzem geben sich die Genossinnen und Genossen wirtschaftsfreundlich: Das jährliche Wirtschaftswachstum müsse mindestens zwei Prozent betragen, ertönt es neuerdings aus der Parteizentrale der Linken.

MRS. Erstaunt fragt man sich, ob die Sozialdemokraten ihre Liebe zur Wirtschaft entdeckt haben. Und man glaubt, tatsächlich Hinweise gefunden zu haben, welche in diese Richtung deuten: Die SP – vor den Wahlen noch PdA-frei – unterstützte Kartellgesetz und Binnenmarktgesetz.

### Billige Attrappe?

Allein, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Und wenn sich die Schwalbe als billige Attrappe entpuppt, schon gar nicht.

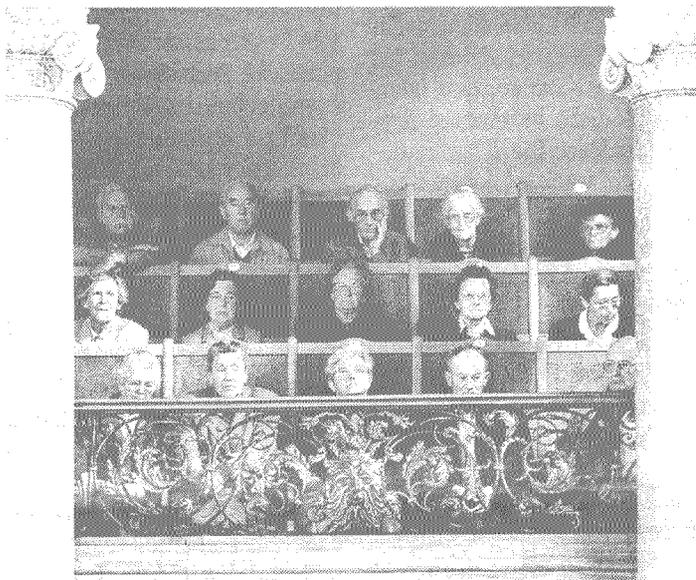
Die Sprache verrät vieles. So schreibt die SP in ihrem kürzlich publizierten Communiqué zur Mutterschaftsversicherung, in welchem sie sich gegen die gemeinsam von Frauen aller Bundesratsparteien erarbeitete Plattform stellt: «Die Arbeitgeberschaft darf nicht entlastet werden» und «Die Arbeitgeber dürfen nicht geschont werden». Markig, martialisch und klas-

senkämpferisch kommen diese Aussagen daher, aber auch entlarvend: Unter dem wirtschaftsfreundlichen Schafspelz kommt der altbekannte SP-Wolf zum Vorschein, der in der Arbeitgeberschaft und im Unternehmertum nicht den Partner sieht, welcher Arbeitsplätze schafft und den Sozialstaat sichert, sondern den Gegner und Feind, gegen welchen sich der Widerstand zu richten hat, der nicht geschont werden darf.

### Das Feigenblatt fällt

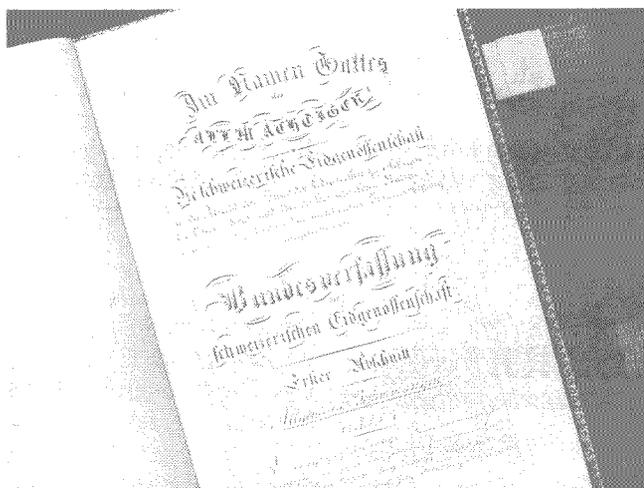
Das Communiqué zur Mutterschaftsversicherung bringt die wirtschaftsfeindliche Haltung der SP an den Tag, die in Partei- und Wirtschaftsprogramm noch durch moderne sprachliche Verbindlichkeiten getarnt wird. Nach einem lauen Bekenntnis zum Markt folgen Ausnahmen und Einschränkungen, die den Grundsatz ins Gegenteil verkehren. Staatlicher Interventionismus statt freies Spiel der Wettbewerbskräfte für die Gleichberechtigung, für den Umweltschutz, für die Mieter, für die Arbeitenden ist nach wie vor angesagt. Das Misstrauen der SP gegenüber dem Markt und die Staatsgläubigkeit feiern weiter Urständ.

Fazit: Der Arbeitgeberschaft, der Wirtschaft, den Marktmechanismen bringt die SP nach wie vor zumeist Misstrauen entgegen. Das Potemkinsche «SP-Dorf der Wirtschaftsfreundlichkeit» fällt in sich zusammen – schneller als erwartet.



Genau hinhören, hinschauen: Und die wirtschaftspolitischen Widersprüche der SP werden einem nicht verborgen bleiben. (Photo Stahl)

## Verfassungsrevision



In achtmonatiger Arbeit hat die FDP ihre Stellungnahme zum Projekt der Totalrevision der Bundesverfassung erarbeitet, unter Mithilfe von Fachgremien, aller Kantonalparteien sowie von Expertinnen und Experten. Über das Ergebnis der bisher aufwendigsten FDP-Vernehmlassungsantwort lesen Sie ab Seite 5.

### Inhalt

- Fernsehen S 4 – Phantom, Stiefkind, Hoffnungsschimmer oder Chance? Seite 9
- Landwirtschaft im Umbruch. Ab Seite 10
- Rote Zahlen bei den Sozialversicherungen. 1995 ist eingetreten, wovor die FDP seit Jahren warnt. Seite 14

HERN DR.  
FRANZ GEORG MAIER  
DIR. SCHW.LANDESEIB.  
HALLMYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
230  
00-62800001

10563

# Mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung werben

**Will China Krieg? Nicht jetzt. Anfang Februar hatten Zeitungen in der britischen Kronkolonie Hongkong erstmals gemeldet, 400 000 Mann bereiteten sich auf Manöver in den Gewässern um Taiwan (Formosa) vor.**

◉ Jacques Baumgartner

Seither rasselt China mit dem Säbel, übt mit scharfen Raketen, hat die Formosa-Strasse, den international dicht befahrenen Seeweg, blockiert. Die scharfen Raketen, die wenige Kilometer vor Taiwan ins Meer einschlugen, erschreckten gewiss die Insel-Chinesen, aber nicht zu Tode. Im Gegenteil.

Sie sicherten Präsident Lee Teng-hui am 23. März die Wiederwahl. Lee ist der erste vom Volk direkt und frei gewählte Präsident in der chinesischen Geschichte. Lee und seine Politik wären, im Unterschied zu jener der Führung in Peking, demokratisch legitimiert.

China befürchtet unter anderem, Lee wolle Taiwan in die Unabhängigkeit führen. Wenn ja, was aber unwahrscheinlich ist – und das weiss die chinesische Führung –, wird sich die Welt weiterhin Diktatoren-Druck aus Peking beugen?

## Aussenpolitik als Ablenkung

China kann keinen Krieg wollen. Taiwan könnte nur unter verheerenden Zerstörungen für beide

## Totgeschwiegen

wird in der Welt, von den Un-Mitgliedern Tibet. Peking droht permanent, Staaten aus dem China-Geschäft zu verbannen, welche es wagten, sich für die Rechte der Tibeter einzusetzen. China besetzte 1950 Tibet, gliederte es ein Jahr danach als sogenannte autonome Region in

Seiten von der chinesischen Volksbefreiungsarmee erobert werden. Grund für das Säbelrasseln ist sich abzeichnende innenpolitische Instabilität in China; Aussenpolitik ist für Peking ein Mittel zur Ablenkung. Die Drohgebärden gegenüber Taiwan gelten aber auch den USA. Peking will Washingtons Angriffe im Wirtschaftsbereich zurückdrängen.

Den starken alten Mann der Kommunistischen Partei, Deng Xiaoping (91), scheinen die Kräfte zu verlassen. Er ist seit zwei Jahren nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden. Der Führungswechsel wirft Fragezeichen auf. Wiederholt sich die Geschichte? Nach dem Tode von Mao Zedong (Mao Tse-tung) 1976 war es zu einem offenen Machtkampf zwischen Konservativen und Reformern gekommen. Mao hatte ein Machtvakuum hinterlassen.

## Begehrt und gefürchtet zugleich

Deng leitete 1978 nicht nur die Öffnung der Wirtschaft nach Westen und marktwirtschaftliche Reformen ein, sondern führte auch zivilisierte politische Spielregeln und Benehmen in der Par-

ten chinesischen Staatsverband ein. 1959 wurde ein Aufstand der Bevölkerung niedergeschlagen. Der im indischen Exil lebende Dalai-Lama wirft der chinesischen Regierung vor, durch die Ansiedlung von Chinesen in Tibet kulturellen Völkermord zu betreiben. Die Tibeter seien mit sechs Millionen Einwohnern gegenüber sieben Millionen Chinesen zur Minderheit im eigenen Land geworden. ■



Taiwanische Abwehrstellung auf einer Insel zwischen Festlandchina und Taiwan. (Photo Keystone)

tei ein. Ausnahme ist die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989. China ist im Westen heute ein begehrter, bei seinen Nachbarn wegen seiner Aufrüstung ein zunehmend gefürchteter Partner.

Seit Oktober 1994 strafft die Führung im Innern die Zügel, lässt Dissidenten verhaften. Zeichen der Nervosität im Hinblick auf den grossen Wechsel? Die Wirtschaftsentwicklung spielt dabei ebenfalls eine Rolle. Sie geht nicht in allen Regionen gleichmässig vonstatten. Einige Gebiete verarmen. Die Bevölkerung wandert zu Millionen in die Städte ab, vergrössert das Arbeitslosenheer. Soziale Unzufriedenheit macht sich da und dort breit.

## Nationales Trauma

Denkbar ist nach Deng eine kollektive Führung mit Jian Zemin (Staatspräsident), Li Peng (Ministerpräsident) und Zhu Rongji (Wirtschaftsreformer). Eine politische Erneuerung scheint überfällig. «Massaker-unbelastet» ist Politbüromitglied Wu Bangguo (52); zu jener Zeit war er in Tibet in der politischen Versenkung. Es wäre derzeit für jeden Spitzenpolitiker in China gefährlich, sich kompromissbereit gegenüber Taiwan zu zeigen.

Taiwan ist ein nationales Trauma für die Volksrepublik

China. Die Kommunisten gewannen 1949 den Bürgerkrieg. Ihr Feind Tschiang Kai-schek entwischte ihnen. Er und seine Nationalisten verschanzten sich auf Taiwan. Seither ist die Insel ein Trauma für die Festland-Chinesen. Taiwan floriert wirtschaftlich. Die Demokratie macht Fortschritte. In China glaubt im Grunde keiner mehr an Kommunismus. An seine Stelle tritt Nationalismus als Ideologieersatz im innenpolitischen Machtkampf.

Taiwan ist nach Hongkong zweitgrösster Investor in China. Mit Krieg brächte sich China um den Wirtschaftsaufschwung, riskierte soziale Unruhen grossen Ausmasses, verlöre zudem international sein Gesicht.

Peking wird der Welt bis zur Rückkehr Hongkongs und darüber hinaus Kopfzerbrechen bereiten. Das heisst, die Drohgebärden gegenüber Taiwan werden anhalten. Besseres Benehmen wird sich Peking durch Konzessionen von seiten der USA und Westeuropa «abringen» lassen. Beispielsweise, dass Taiwan keine modernen westlichen Waffen erhält, überhaupt, dass es abrüste, dazu gezwungen werde. Krieg wird es erst geben, wenn sich die USA, Japan und Russland auf Zusammenarbeit in der Taiwan-Frage gegen China einigen. ■

# Schommer sorgt für frischen Wind

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet Ihre grösste Hoffnung?**

Darauf, dass an den entscheidenden Machthebeln unabhängige Menschen guten Willens sitzen, die konstruktiv nach Lösungen suchen.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Vorderhand diktieren materielle Interessen und sogenannte Sachzwänge so manche PolitikerInnen.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Als gegenwärtig wichtigste würde ich die Telekommunikation bezeichnen, da sie uns recht viel Mobilität erspart und die Arbeitsmöglichkeiten grenzenlos werden lässt. Wenn unter Erfindungen nicht nur solche technischer Art verstanden werden, dann ist der Rassismus für mich die weitaus unnötigste Erfindung der Menschheit.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Einerseits die herrliche Natur in diesem Land, andererseits die Eidgenossenschaft als lebendiger Beweis, dass mindestens vier (Sprach-)Kulturen miteinander



in einem einzigen Staat leben können.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Die zunehmende Verkalkung unserer politischen Strukturen und Ideen durch die Neigung vieler, sich grundsätzlich einmal gegen alles Neue zu wehren.

**Können Sie sich mit den Worten Bertrand Russells, Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich, einverstanden erklären?**

Ich würde ergänzen: Spürbarer Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich. Denken wir an die Beispiele AHV und Frauenstimmrecht, die anfangs nur für kleine Minderheiten ein bewusstes Anliegen waren.

beim Generalsekretariat FDP Schweiz in Bern.

**Politischer Werdegang:** 1992–94 Delegierter, dann Vorstandsmitglied der FDP AR, seit 1994 Vorstandsmitglied der Bewegung «Geboren am 7. Dezember 1992», 1994 Mitinitiant des Verbandes Schweizer Jugendparlamente.

**Liebste Tätigkeit:** Diskutieren bei gutem Essen, politisches Vorausplanen und Skifahren in Saas Fee.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil in dieser Partei, so wie ich sie in unserem Kanton erlebe, inhaltliche Diskussionen möglich sind und von der offiziellen Parteimeinung abweichende Ansichten toleriert werden. Einfacher ausgedrückt: Weil die FDP eine liberale Partei im besten Sinne des Wortes ist.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

An alle jene Gemeinde- und KantonspolitikerInnen, welche Jahr für Jahr praktisch ohne öffentliche Beachtung gute, konstruktive Arbeit im lokalen und regionalen Rahmen leisten.

**Guido Schommer in Aktion als Moderator an der Jugendsession 1995.**



**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch Kompetenz, Unabhängigkeit und eine positive Einstellung zur Zukunft.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Dass die Politik leider immer noch (gerade auch bei den Jungen) weitgehend Männersache ist.

**Was sehen Sie als Ihre persönlichen Schwächen, was**

**als Ihre persönlichen Stärken?**

Schwächen: im Gespräch sehr direkt, was auch einmal undiplomatisch wirken kann. Stärken: Andere nennen dasselbe Offenheit und «weiss, was er will».

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Frey/Kirchgässners «Demokratische Wirtschaftspolitik» fürs Studium, Flauberts «Madame Bovary» zum Vergnügen.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Im Sommer Strassenvelo und Mountainbike, im Winter Konditionstraining und Skifahren.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Mir die Namen aller Menschen merken, die mir schon einmal begegnet sind.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Peter Bodenmann, um mit ihm bei einem Glas Wein über Weltanschauungen zu diskutieren.

## KURZBIOGRAPHIE

### Guido Schommer

**Zur Person:** aufgewachsen in Teufen, Appenzell Ausserrrhoden, ledig.

**Alter:** 24

**Ausbildungsstationen:** Student der Betriebswirtschaftslehre (Vertiefung Organisation) an der Universität St. Gallen, HSG, Abschluss im Herbst 1996 als lic. oec., im Zwischen- und Wahljahr 1995 als Praktikant

# Aussenpolitisches Standardwerk

MRS. Siebzig Autorinnen und Autoren, Praktiker – darunter zahlreiche Vertreter der Bundesverwaltung – und Wissenschaftler, von denen rund ein Drittel französisch schreibt, handeln in Kapiteln von 10 bis 25 Seiten sämtliche Aspekte der schweizerischen Aussenpolitik umfassend ab.

Ziel dieses 1100 Seiten starken Gemeinschaftsunternehmens ist es, in einer Zeit atemberaubenden Umbruchs in Europa und der Welt, so die Herausgeber Alois Riklin, Hans Haug und Raymond Probst, eine Standortbestimmung der schweizerischen Aussenpolitik zu ermöglichen.

Nicht Wertung und Kritik der offiziellen Politik, sondern deren kompetente Beschreibung und Darstellung stehen im Vordergrund. Dabei bilden die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft den Schwerpunkt dieser Analyse. Darüber hinaus findet man Aufsätze über den Bezugsrahmen und die Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik, über deren Ziele und Mittel, einen Teil über die Menschenrechtspolitik und die Beziehungen der Schweiz zur Welt, über Sicherheitspolitik, den schweizerischen Beitrag im Dienste der Völkergemeinschaft, Aussenwirtschaftspolitik sowie be-

sondere Aspekte der schweizerischen Aussenpolitik. Dank Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels, weiterführenden Literaturhinweisen, umfangreichem Abkürzungsverzeichnis und zweisprachigem Personen- und Sachregister stellt das Handbuch nicht nur ein unabdingbares Standard- und Nachschlagewerk dar. Es eignet sich auch vorzüglich als Orientierungshilfe für ausserpolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

\* Alois Riklin, Hans Haug, Raymond Probst (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik. Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, Band 11, Verlag Paul Haupt, Bern 1992. 1125 Seiten, 85 Franken.



# Neue «Volkswirtschaft»

Die zweisprachige Zeitschrift erscheint ab der Ausgabe 2/96 mit einem neuen Layout, um den geänderten Lesegewohnheiten Rechnung zu tragen.

## Herausgeber/Redaktion

Herausgeber ist das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement. Zuständig für die Redaktion ist das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga).

## Die Zielsetzung

Eine möglichst breite interessierte Öffentlichkeit über wirtschaftspolitische Fachbereiche des Bundes zu informieren und interessierten Studenten die Möglichkeit zu eröffnen, für nur Fr. 49.–/Jahr umfassende wirtschaftspolitische Informationen zu erhalten.

## An wen richtet sich die «Volkswirtschaft»?

- Wirtschaftsfachleute aus allen Branchen
- Vertreter von Behörden, Kantonen und Gemeinden
- Studenten mit wirtschaftspolitischem Interesse

## Was umfasst die «Volkswirtschaft»?

1. Ein monatlich erscheinendes Magazin von ca. 120 Seiten mit ausführlichem statistischem Anhang über wirtschaftspolitisch relevante Themen.
2. Viermal im Jahr wird der «Volkswirtschaft» das Magazin für Wirtschaftspolitik, ein ca. 50seitiger Bericht der Kommission für Konjunkturfragen, beigelegt, in dem Spitzenvertreter von Bund, Universitäten und der Wirtschaft die Konjunktur analysieren.
3. Einmal im Jahr wird das Magazin durch eine Beilage der Nationalbank ergänzt.

## Detaillierter Inhalt

- Wirtschaftspolitische Konzepte und Analysen sowie wirtschaftsstatistische Berichte des Bundes sowie Analysen und Berichte aus der Privatwirtschaft

Die wichtigsten Rubriken:

- Die persönliche Meinung eines Spitzenvertreters der Wirtschaft

- Dossiers (wirtschaftspolitische Konzepte oder Analysen)
- Sozialpartner und Verbände (offizielle Stellungnahmen der wichtigsten Verbände und Sozialpartner)
- Berichte zum Verhandlungsstand mit der Europäischen Union
- Status von wirtschaftspolitisch relevanten Fragen in Ver-

- nehmlassungen, Initiativen, Referenden, Regierung und Parlament
- Dienstleistungen des Bundes (bürgernahe Darstellung der Dienstleistungen der Bundesverwaltung)
- ausführlicher Tabellenteil (neu mit Kommentaren und Grafiken).

# Auf den Spuren Pestalozzis

Marianne Baltensperger  
Gabriela Christen  
Rebekka Horlacher  
Adrian Kobelt  
Nora Kubli  
Françoise Waridel

Stationen seines Lebens: Zürich, Birr, Stans, Burgdorf, Yverdon. Herausgegeben vom Pestalozzianum Zürich. 144 Seiten, über 100 Abbildungen, 13,4 x 23,8 cm, Broschur. Fr. 29.–, ISBN 3-85932-186-2

Dieser vom Pestalozzianum Zürich herausgegebene biographisch-historische Führer zu den fünf wichtigsten Lebensstationen von Heinrich Pestalozzi vergegenwärtigt in abwechslungsreicher Abfolge von biographischen Schilderungen, historischer Einbettung, Zitaten und Illustrationen Glück und Leiden, Erfolge und Niederlagen eines bewegten Lebens von bis heute unverminderter Wirkungskraft.



Bitte lächeln: Die Totalrevision der Bundesverfassung ist zwar noch lange nicht erfolgreich durchgeführt. Im Vergleich zu früheren Revisionsvorhaben aber stehen die Chancen für Bundesrat Villiger, Vizkanzler Casanova und Bundesrat Koller (v. l.) auf ein Happy-End nach wie vor gut. (Photo Keystone)

## JA zur Nachführung

Die FDP steht einer Verfassungsreform grundsätzlich positiv gegenüber. Wohl haben sich die Wesenselemente unseres bald 150jährigen Bundesstaates bewährt und bedürfen keiner grundsätzlichen Änderung. Die über 130 Teilrevisionen des Verfassungstextes, die seit 1874 vorgenommen worden sind, haben aber unsere Verfassung schwer verständlich und unübersichtlich gemacht. Der Absicht, eine vollständige, verständlichere und damit bürgernähere Verfassung zu schaffen, pflichtet die FDP deshalb bei.

Marie-Louise Baumann

Wir haben aber festgestellt, dass bereits eine blosse Nachführung der Bundesverfassung, wie sie vom Parlament 1987 beschlossen, in Auftrag gegeben und nun in einem Vorentwurf unterbreitet worden ist, viele Wertungsfragen enthält. Es handelt sich nicht um eine rein redaktionelle Neufassung, die politisch uninteressant und unbeachtlich wäre, sondern um eine Neuüberprüfung dessen,

was heute Inhalt der geschriebenen Verfassung des Bundes ist und sein soll.

Die Nachführung ist deshalb in hohem Masse auch ein politischer Bewertungsakt. Diese Aufgabe will die FDP nicht der Verwaltung, auch nicht allein dem Bundesrat überlassen. Die FDP will sich vielmehr in diesen hochpolitischen Prozess einschalten, die Bewertungsfragen an liberalem Gedankengut messen und entscheiden. Die FDP will eine

Fortsetzung auf Seite 6



Alles kommt einmal in die Jahre. Titelblatt der ersten Bundesverfassung von 1848. (Photo Keystone)

Fortsetzung von Seite 5

neue Verfassung mitprägen und nicht ein von anderen Kräften erarbeitetes Gebilde vorgesetzt bekommen.

## Auch punktuelle Reformen nötig

Aus der Einsicht heraus, dass auch eine bloss Nachführung nicht bloss redaktionelle oder systematische Veränderung bedeutet – sich für eine solche auch der gesamte Aufwand des Parlamentes und für eine Volksabstimmung kaum lohnte –, tritt die FDP dafür ein, auch punktuelle Reformen zuzulassen, sofern dafür ein breiter Konsens auszumachen ist. Diese Neuerungen sind aber auch als solche zu deklarieren und nicht als «Nachführung» zu bezeichnen. Es dürfte sich allerdings auch rechtfertigen, Verfassungsartikel aus der neueren Zeit unangetastet zu lassen und in ihrem Wortlaut zu übernehmen.

Mit einem solchen Vorgehen gewinnt eine neue Verfassung an Transparenz – für uns Voraussetzung Nummer eins für das Gelingen des ganzen Vorhabens. Der Stimmbürger darf nicht den Eindruck erhalten, es würden unter dem Deckmantel einer Neureaktion materielle Änderungen «hereingeschmuggelt».

## Gründlichkeit vor Schnelligkeit

Die FDP hat in diesem Sinne im Detail zum Verfassungsentwurf Stellung genommen. Unsere Anträge und Bemerkungen sind nicht in einem kleinen Kreise redigiert worden. Vielmehr waren sehr viele Kräfte daran beteiligt: unsere ständigen Ausschüsse, die Kantonalparteien, parteieigene Experten, Parlamentarier, Regierungsräte, Bundesrichter. Wir dürfen wohl für uns in Anspruch nehmen, Herrn Bundesrat Koller eine der fundiertesten Stellungnahmen eingereicht zu haben. Wir erwarten nun eine ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Stellungnahmen. Gründlichkeit bei der Weiterbearbeitung geht uns dabei vor Schnelligkeit.

Die FDP wird auf jeden Fall die Verfassungsreform konstruktiv begleiten und überwachen. ■



Die FDP-Presskonferenz zur Revision der Bundesverfassung: Nationalrätin Dorle Vallender, Ständerat Rolf Büttiker, Regierungsrätin Anita Rion und Appellationsgerichtsschreiber Heiner Wohlfart erläutern die Schwerpunkte der Stellungnahme. (Photo Keystone)

# Realität vor Euphorie

## Ständerat Rolf Büttiker, Wolfwil

Was heute not tut, wenn man das Unternehmen Totalrevision tatsächlich erfolgreich über die politischen Runden bringen will, ist Entmystifikation. Die Schweiz befindet sich nicht in einer Staatskrise; ihr Regierungssystem funktioniert relativ gut. Unter diesen Umständen kann man weder eine «Grundwelle» für das Bedürfnis nach einer Revision herbeizaubern, noch muss man sie zur Voraussetzung machen, um ein Gelingen zu garantieren. Eine Totalrevision in der heutigen Zeit, die nicht nach einer solchen schreit, kann das symbolische Grundelement des Staates wieder in eine Form giessen, die verständlich ist.

## Nachführung als politischer Selbstwert

Der Nachführungsauftrag hat für die FDP auch einen politischen Selbstwert. Es geht nämlich nicht einfach um eine Ab- und Nachschreibeübung, sondern auch darum, in dem entstandenen Verfassungswirrwarr Transparenz zu schaffen. Die heutige geschrie-

bene Verfassung nur noch teilweise in Übereinstimmung mit der Verfassungswirklichkeit.

Die Schweizerinnen und Schweizer aber haben Anrecht auf eine Bundesverfassung, welche die historischen und politischen Erfahrungen aufnimmt und so weiterentwickelt, dass sich die heute und morgen hier lebenden Menschen mit der Verfassung identifizieren können. Die Verfassung muss lesbar und verständlich sein. Nüchternheit in der Sprache ist besser als «Geschwätzigkeit» und allerlei Verfassungsschwärmerei.

Aus Gründen der politischen Ehrlichkeit hält die FDP dafür, auch im Nachführungswerk punktuelle Änderungen zuzulassen, weil es kaum möglich ist, im Graubereich zwischen «lupenreiner» Nachführung und punktuellen Modifikationen des Verfassungsrechts eine klare Grenzlinie vorzunehmen.

## Kein Zeitdruck

Die FDP will das Projekt Totalrevision der Bundesverfassung auf keinen Fall verzögern. Für die FDP ist auch klar, dass eine Totalrevision in einem überblickbaren

Zeitraum durchgezogen werden muss. Aber die FDP bezweifelt, ob das grosse Tempo des Bundesrates für eine Totalrevision der Bundesverfassung verträglich ist. «Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden!»

## Volksrechte

Die FDP hat bereits an einer Presskonferenz am 30. Mai 1995 – also vor Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs – eigene FDP-Reformen zu den Volksrechten entwickelt. Mit Befriedigung kann die FDP feststellen, dass praktisch alle FDP-Vorschläge im Bereich der Volksrechte auch im Entwurf zur Bundesverfassung Eingang fanden:

- auf einen Parteienartikel vorläufig verzichten;
- dem Gesamtsystem bei den Volksinitiativen wird ausdrücklich zugestimmt;
- Unterschriftenzahlen bei den Volksinitiativen:
  - a) Totalrevision: 200 000 Unterschriften
  - b) Formuliert Volksinitiative: 150 000 Unterschriften
  - c) Allgemeine Volksinitiative: 100 000 Unterschriften.

# Die Grundrechte

**Dorle Vallender,**  
Nationalrätin, Teufen

Der Verfassungsentwurf (VE) hat sich auch zum Ziel gesetzt, die Grundrechte nachzuführen. Wir finden daher einen eigentlichen Katalog von Grundrechten, der neben den geschriebenen Grundrechten nun auch die vom Bundesgericht in konstanter Rechtsfortbildung entwickelten und ungeschriebenen Grundrechte umfasst. Grundsätzlich entspricht der VE mit dieser Nachführung der Grundfreiheiten den Anforderungen, die an einen modernen Rechtsstaat zu stellen sind.

## Rechtsgleichheit

Artikel 7 fordert die Rechtsgleichheit auch der Geschlechter. Aus heutiger Sicht genügt indessen die rein formale Gleichstellung nicht mehr. Neben das Verbot der direkten Diskriminierung muss das Verbot der indirekten Diskriminierung der Geschlechter treten. Damit ist sichergestellt, dass gesetzliche Regelungen, die zwar formal Mann und Frau gleichstellen, indirekt aber eines der Geschlechter benachteiligen, nicht zulässig sind. Wenn z. B. eine Stipendienregelung die Ausrichtung von Studienhilfen nur bis zum Alter von 27 Jahren zulässt, trifft diese Regelung vordergründig beide Geschlechter gleich. In Wirklichkeit trifft diese «Altersguillotine» Frauen stärker, da diese vielfach erst nach einer Familienpause ihre berufliche Weiterbildung an die Hand nehmen können

## Menschenwürdiges Dasein

Aus liberaler Sicht entspricht es einem sozialen Staat, wenn er notleidenden Personen hilft. Im Herbst 1995 hat das Bundesgericht einen entsprechenden Entscheid gefällt. Allerdings geht die im VE vorgeschlagene Lösung wesentlich weiter. Der Einzelne darf aber nicht aus der Selbstverantwortung entlassen werden. Staatliche Hilfe darf daher immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein und



Dorle Vallender

zudem erst dann ausgerichtet werden, wenn die notleidende Person sich nicht selber helfen kann.

## Sozialziele

Im Unterschied zu den Sozialrechten wollen die Sozialziele die Visionen eines der Wohlfahrt der Bürger und Bürgerinnen verpflichteten Rechtsstaates ausdrücken. Wir beantragen, dass keine uneinlösbaren Versprechungen gemacht werden. Daher ist es unerlässlich, dass die Ziele restriktiver formuliert werden. Insbesondere soll der Programmartikel «Sozialziele» nicht zu klagbaren Rechtsansprüchen und damit zu einem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates führen.

Zudem ist einmal mehr zu betonen, dass aus liberaler Sicht der Staat für seine Bürger und Bürgerinnen nur begrenzt Verantwortung übernehmen kann. Das Wecken von Begehrlichkeiten lähmt die Selbstverantwortung und überfordert unser Staatswesen auch finanziell. Es steht einem liberalen Grundsatz wohl an, die Grundrechte «bürgerfreundlich» darzustellen. Grundrechte haben in erster Linie staatsbegrenzende Funktion: Sie gewährleisten, dass der Staat für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Die Chance der Einigkeit in diesen Grundfragen sollte aber nicht mit (sozialen) Reformprojekten überladen werden. ■

# La Confédération et les cantons

**Regierungsrätin**  
**Anita Rion,**  
Les-Chaux-des-Breuleux

Le projet de Constitution élaboré par le Département fédéral de Justice et Police ne reflète pas la réalité actuelle des relations entre la Confédération et les cantons et il peut en découler un préjudice négatif pour certaines étapes ultérieures de la réforme, par exemple la réorganisation de la péréquation des finances fédérales.

Le fédéralisme permet, d'une part, de réserver aux cantons et à la population le maintien de leur particularisme et de leur pluralisme, d'autre part, ceux-ci sont des partenaires dans l'accomplissement des tâches au sein d'un Etat fédéral différencié et surtout fondé sur le partenariat.

Ce qui est important, maintenant, c'est de fixer les principes de bases sur lesquels on pourra ensuite construire. La répartition des tâches entre la Confédération et les cantons exige de ce fait moins d'adaptations. Il s'agit de faire pénétrer des principes et de remettre de l'ordre dans le patchwork constitutionnel. Un renouvellement du fédéralisme fait politiquement partie de la réforme et est juridiquement nécessaire. On ne peut pas renouveler textuellement une Constitution fédérale sans renouveler l'ordre fédéraliste.

Le projet de Constitution est trop centralisateur surtout en ce qui concerne les articles consacrés aux compétences. Ce projet voit principalement les cantons comme des petites entités décentralisées. C'est du droit fédéral sous surveillance.

## Les cantons comme garants du pluralisme

Dans la perspective d'un fédéralisme moderne, tourné vers l'avenir, la Constitution doit envisager la position des cantons dans plusieurs directions:



Anita Rion

- elle les protège comme garants de la multiplicité;
- elle confère également le partenariat;
- elle rend plus aisée l'assistance aux minorités culturelles, linguistiques, régionales et politiques;
- elle rend possible des décisions de fond concernant l'ordre économique, social et financier;
- elle ouvre la porte à une plus grande liberté et à davantage de démocratie directe et de contrôle du pouvoir.

D'autre part, les cantons sont les supports conjoints de la responsabilité d'ensemble en faveur de la Confédération, ainsi que des partenaires chargés d'accomplir les tâches publiques.

Le projet de Constitution doit confier aux cantons la mission de solutionner les problèmes dans l'intérêt de l'ensemble de ceux-ci; il doit les rendre aptes à fournir des prestations positives, axées sur le futur et susceptibles ainsi d'apporter une contribution efficace à l'accomplissement des tâches. ■

# Justizreform

**Heiner Wohlfart, Riehen**

Die Vorschläge zu einer Reform der Justiz umfassen im wesentlichen Massnahmen, die einerseits das Bundesgericht entlasten und andererseits den Rechtsschutz des Einzelnen stärken sollen. Die FDP beurteilt diese Neuerungen grundsätzlich positiv.

Der Amtsbericht des Bundesgerichts für das Jahr 1995 zeigt deutlich, dass die Überlastung der eidgenössischen Gerichte weiter zunimmt. Damit ist die Aufgabe eines obersten Gerichts, Rechtseinheit und Rechtsentwicklung zu gewährleisten, in Frage gestellt. Die Justizreform ist folglich klarerweise vordringlich. Sie muss im Falle von Verzögerungen Volk und Ständen gesondert, d. h. noch vor der allgemeinen Verfassungsvorlage, unterbreitet werden.

Der Entlastung des Bundesgerichts dient die mit dem Entwurf vorgeschlagene Pflicht der Kantone und des Bundes, richterliche Behörden einzurichten, damit das Bundesgericht nicht mehr wie heute noch oft als erste richterliche Instanz urteilen muss. Es ist richtig, wenn untere richterliche Instanzen die Aufgabe, Rechtsschutz zu gewährleisten, erfüllen. Wir unterstützen auch das Bestreben, die Direktprozesse vor dem Bundesgericht auf die aus föderalistischen Gründen nicht anders zu erledigenden Streitigkeiten zu beschränken und dementsprechend Bundesstrafgerichte einzuführen für Fälle, die der Strafbarkeit des Bundes unterliegen.



Heiner Wohlfart

Der konsequente Ausbau einer Gerichtsbarkeit, die dem Bundesgericht vorgelagert ist, bildet eine Voraussetzung für die Einrichtung von Zugangsbeschränkungen an das Bundesgericht. Zugangsschranken erweisen sich auf Grund der gegenwärtigen Geschäftslast des Bundesgerichts als geradezu unausweichlich. Schranken sind auch gerechtfertigt, da das Bundesgericht im vergangenen Jahre von den erledigten Streitfällen lediglich knappe 12 Prozent gutheissen konnte.

Mit dem vorgeschlagenen Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit soll das Bundesgericht im Anwendungsfall überprüfen können, ob Bundesgesetze mit der Verfassung im Einklang stehen. Der Ausbau erweist sich als angezeigt, weil die Organe der Europäischen Menschenrechtskonvention Verletzungen von Grundrechten in Bundesgesetzen feststellen können, während dies dem Bundesgericht nicht möglich ist. Die Neuerung ist mass-

## KOMMENTAR

### Die Spielregeln einhalten

*MRS.* Was schon mehrmals begonnen wurde, in der Vergangenheit aber nicht zum Erfolg führte, wird zurzeit wieder versucht: die Totalrevision der Bundesverfassung. Die Chancen stehen dabei besser als bei früheren Anläufen. Nicht weil die Aussicht auf das Jubiläumsjahr 1998 die Schweizerinnen und Schweizer beflügelt, sondern weil ein neues Konzept präsentiert wurde: die «Nachführung der Bundesverfassung».

Dieser Vorschlag ist zwar wenig spektakulär, aber durchaus originell, interessant, und er scheint auch nicht a priori zum Scheitern verurteilt. Er geht dabei von klar definierten Spielregeln aus: Nachführung im Sinne von «Mise à jour» und damit Verzicht auf grundlegende Neuerungen und Veränderungen.

#### Die Parteiprogramme in der Schublade lassen

Damit dem Unternehmen «Totalrevision» Erfolg beschieden sein kann, müssen sich alle Beteiligten, allen voran die politischen Parteien, an die Spielregeln halten. Die FDP hat dies in ihrer Stellungnahme getan. Sie ist dem Vorhaben gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt und verzichtet – dem Konzept entsprechend – auf Forderungen, welche über die Idee des *Mise à jour* hinausgehen. Dasselbe darf, ja muss auch von allen anderen interessierten Kreisen erwartet werden.

Wenn nun aber vorwiegend linke und grüne Parteien und Organisationen weitreichende Anliegen und Wünsche anmelden, die sie bis heute nicht ver-

wirklichen konnten, weil sie dazu im Parlament und im Volk keine Mehrheiten gefunden haben, ist es an der Zeit, zweierlei klarzustellen:

■ Die FDP wird nicht akzeptieren, dass über die Totalrevision der Bundesverfassung und unter dem Titel der Nachführung linke und grüne Minderheitspositionen in die Verfassung geschmuggelt werden. Die Freisinnigen werden insbesondere darüber wachen, dass Werte wie Freiheit, Selbstverantwortung und Subsidiarität auch eine neue, totalrevidierte Verfassung prägen werden. Eine weitere Ausdehnung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates wird die FDP nicht akzeptieren.

■ Auch die FDP hätte zahlreiche Vorstellungen, wie die Verfassung materiell an verschiedenen Orten geändert werden könnte. Sie hat sich indes im Interesse des Gelingens der Totalrevision zurückgehalten und ihr Parteiprogramm nicht zur Vernehmlassungsantwort gemacht.

Die geltende Bundesverfassung ist weitgehend eine freisinnige und liberale Verfassung. Das soll auch so bleiben. Es würde deshalb das an sich wünschenswerte Vorhaben gefährden, eine durch mittlerweile über 130 Teilrevisionen unübersichtlich gewordene Verfassung nachzuführen, wenn das Fuder mit Maximalforderungen von linker Seite überladen wird. Das Projekt «Nachführung» würde damit dasselbe Schicksal erleben wie die früheren Bestrebungen nach einer Totalrevision des schweizerischen Grundgesetzes. ■

voll, auch wenn gewisse Skeptiker vor einer Verpolitisierung und einem Machtzuwachs der Justiz warnen.

Im Rahmen der Justizreform wird schliesslich die Grundlage für eine Vereinheitlichung des Prozessrechts vorgeschlagen. An-

erkanntermassen herrschen im Straf- und Zivilprozessrecht eine erhebliche Rechtszersplitterung und Unübersichtlichkeit. Das Prozessrecht ist bereits heute weitgehend dem Bundesrecht unterstellt. Seine Vereinheitlichung ist angezeigt. ■

### Talon

Bitte senden Sie mir die vollständige Vernehmlassungsantwort der FDP zur **Totalrevision der Bundesverfassung**.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51. ■

KOLUMNE

## Tabu oder Ehrlichkeit?



Schweiz 4 sendet für die vier Sprachregionen, erreicht einen Marktanteil von vier Prozent und erscheint in viererlei Gestalt: als Phantom, Stiefkind, Hoffnungsschimmer und Chance.

Um ein Phantom handelt es sich deshalb, weil der Bekanntheitsgrad von Schweiz 4 tief ist. Der über das Land fliegende – korrekt: fahrende – Luftballon als Werbegag dürfte wesentlich vertrauter sein als der Sender selber. Schweiz 4 schwebt gewissermassen über den Köpfen und leistet an Werbung und Marketing unverständlich wenig. Sparsamkeit und Diskretion in Ehren: Hier wird am falschen Ort übertrieben.

Das passt zum zweiten Wesenszug: zur Tatsache, der SRG ein ungeliebtes Stiefkind zu sein. Es ist mit armseligen Mitteln ausgestattet, nämlich jährlich mit 38

Millionen Franken und 20 Millionen für den Erwerb der Sportrechte. 29 Millionen fliessen für die Bezahlung der technischen Leistungen ans Schweizer Fernsehen DRS zurück. Nach Auffassung von Direktor Dario Robbiani müsste das Budget um fünf bis zehn Millionen Franken aufgestockt werden. Diese Forderung sollte innerhalb des Milliardenumsatzes der SRG leicht erfüllbar sein. Gegenüber dem vierten Kanal wird gespart, koste es, was es wolle – und sei es die Glaubwürdigkeit.

Darum ist Schweiz 4 noch immer kein Fernsehprogramm, sondern ein programmlicher Hoffnungsschimmer. Dem Angebot fehlt das Profil. Das wirkt sich auch nachteilig aus auf die privaten Medienunternehmen, die ihre Sendungen auf Schweiz 4 ausstrahlen: auf Ringier, die NZZ, die «Basler Zeitung» und künftig auf den «Brückenbauer» und die Edipresse. Bei allem Bemühen von Schweiz 4, Akzente zu setzen,

bleibt der Eindruck eines programmlichen Flickenteppichs vorherrschend.

Zur schimmernden, doch längst nicht berechtigten Hoffnung gehört, dass Schweiz 4 zu viel an Information, zu wenig an Unterhaltung und praktisch nichts fürs junge Publikum offeriert. Die Absicht, über das politische Geschehen kontinuierlicher und umfassender zu berichten als SF DRS, verdient Lob. Es muss indessen zurückhaltend ausfallen, wenn sich aus Kostengründen die Neuerungen auf Diskussionen beschränken. Heerscharen redender Köpfe verwandeln das Fernsehen in ein Radio der Langeweile.

Hinter dem Phantom, dem Stiefkind und dem Hoffnungsschimmer verbirgt sich eine Chance. Neben dem Goliath am Leutschenbach darf Schweiz 4 ruhig ein David bleiben. Denn er ist bekanntlich nicht charakterisiert durch die Kleinheit, sondern durch die Gewitztheit. Phantasie, Dynamik und Offensivkraft sind keine Frage des Geldes, sondern des Willens. Eine Entschuldigung freilich gilt: Schweiz 4 befindet sich im Schraubstock von SFDRS, vielleicht auch von TSR

und TSI. Denn was der jüngste Sender an Finanzen erhält, geht den älteren ab; was er an Marktanteilen gewinnt, verlieren die andern. Die Motivation ist nachvollziehbar gering, Schweiz 4 innerhalb der SRG zu fördern.

Die Frage drängt sich auf, ob die gegenwärtige Struktur unverrückbar ist. Wäre es nach allen Erfahrungen nicht ehrlich und konsequent, lohnend und zukunftsfruchtig, Schweiz 4 als rechtlich selbständiges Unternehmen zu organisieren? Mit einer Mehrheitsbeteiligung der Privaten und einer Minderheitsbeteiligung der SRG? Ausgestattet mit einem angemessenen Anteil am Gebührensplitting? Frei in der Programmgestaltung, die Freiheit eingeschlossen, die SRG-Fernsehsender zu überleben? Das Wahrzeichen jedenfalls würde Schweiz 4 mitbringen: den Luftballon – nicht mehr als Gag, sondern als lustvolle Verpflichtung.

Alex Bänninger, Publizist  
Präsident des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich

## FDP-Fraktion – kein Halt vor Sprachgrenzen

MRS. Überrascht war der Beobachter, als er wahrnahm, dass Fraktionspräsident Pascal Couchepin die Fraktionssitzung vom 12. März 1996 auf englisch leitete.

Der Grund dafür liegt aber nicht etwa darin, dass sich Deutsch- und Westschweizer gegenseitig nur noch verstehen, wenn sie auf englisch miteinander reden. Vielmehr orientierte Frau Ruth Richardson, ehemalige Finanzministerin von Neuseeland, die Fraktion über die Erfahrungen des Inselstaates mit New Public Management.

Ob auch der angenommene Sprachenartikel etwas mit diesem Vorfall zu tun hat, muss an dieser Stelle offenbleiben.

## FDP – auch sportlich Spitze

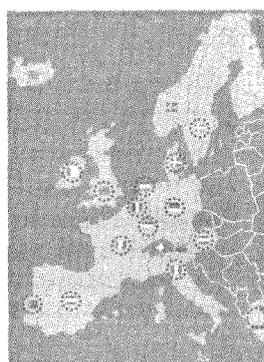
MRS. Am diesjährigen Engadiner Skimarathon war auch die FDP-Fraktion prominent vertreten. Mit einem Spitzenresultat wusste sich dabei FDP-Nationalrat Duri Bezola sportlich in Szene zu setzen und verwies auch die politische Konkurrenz auf die Plätze:

Name	Laufzeit
NR Duri Bezola	1.42
NR Johannes Randegger	2.32
NR Trix Heberlein	2.41
SR Otto Schoch	2.52
BR Adolf Ogi, SVP	2.11
NR Hanspeter Thür, Grüne	2.28

Damit kann die FDP mit Stolz auf die sportlichste Fraktion in Bern zählen!

Herzliche Gratulation

### Nur Westeuropäer!



Die kontrollierte Personenfreizügigkeit gilt nur für Bürgerinnen und Bürger aus den 16 Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR):

- Dänemark
- Deutschland
- Belgien
- England
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Holland
- Irland
- Island
- Italien
- Liechtenstein
- Luxemburg
- Norwegen
- Österreich
- Portugal
- Schweden
- Spanien

### Kontrollierte Personenfreizügigkeit:

## Eine gegenseitige Nachbarregelung mit Westeuropa.

Eine Information der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (WF).  
Verlangen Sie die Info-Broschüre (gratis):  
WF, Personenfreizügigkeit, Postfach 502, 8034 Zürich

Vorname: \_\_\_\_\_  
Name: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

# Agrarpolitik wohin?

Das Thema Agrarpolitik wird in den nächsten Jahren ganz oben auf der politischen Traktandenliste stehen. Die Vernehmlassungsfrist für das Reformpaket «Agrarpolitik 2002» lief Ende Februar aus. Die Reaktionen lassen dabei erahnen, welche Auseinandersetzungen der Schweiz in bezug auf die künftigen Weichenstellungen für die Landwirtschaftspolitik noch bevorstehen. Nationalrätin Milli Wittenwiler und Nationalrat Karl Tschuppert beantworten Fragen zur Zukunft der Agrarpolitik unseres Landes.

**FDP: Die Vernehmlassungsfrist für das Reformpaket «Agrarpolitik 2002» ist Ende Februar abgelaufen. Was halten Sie von den präsentierten Massnahmen?**

*Milli Wittenwiler (M.W.):* Wer glaubt, dass nur die freie Marktwirtschaft und das «Zurück zur Natur» alle Probleme zu lösen vermag, liegt falsch. Wer glaubt, die Tendenz, unsere kleine Schweiz in einen Wirtschaftsraum und in einen Erholungsraum zweizuteilen, sei richtig, muss lernen, dass die Berg- und Randregionen nur im Miteinander von Gewerbe, Tourismus und Landwirtschaft überleben können.

*Karl Tschuppert (K.T.):* In den letzten Jahren haben die Bauern am eigenen Leib erfahren, dass die hergebrachte Agrarpolitik ihre Probleme nicht mehr lösen kann. Dazu kommt, dass die Bauern seit 1980 rund 30 Prozent von ihrem damaligen Einkom-

men verloren haben. Aus diesen Gründen ergibt sich, dass eine grundlegende Reform notwendig ist. Ohne Reform würde die Landwirtschaft immer mehr ins Abseits geraten.

Die Reform führt aber zu einem völligen Rollentausch. Früher forderte der Bundesrat die Bauern auf, effizient zu produzieren und den Absatz der Politik zu überlassen. Mit der «Agrarpolitik 2002» zieht sich der Staat schrittweise aus seiner Verantwortung für das Geschehen auf den Märkten zurück. Gefragt ist folglich eine neue Mentalität, und zwar nicht nur bei den Bauern, sondern in allen Branchen der Ernährungswirtschaft.

**FDP: Mehr Markt und mehr Ökologie in der Landwirtschaft – dies wird gemeinhin gefordert, wenn es um die künftige Ausgestaltung unserer Landwirtschaftspolitik geht. Stimmen Sie dieser Forderung zu? Was bedeutet diese Forderung in der Praxis?**

*M.W.* Mehr Ökologie bedeutet: strengere Vorschriften mit einem grösseren Kontrollapparat! Mehr Arbeitsbelastung im Bereich Tierhaltung und Pflanzenbau. Grosse Investitionen, z.B. bei Stallumbauten oder Ställenbauten, und genügend grosse Jauchegruben. Die verlangten Massnahmen müssen auch in Zukunft das Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie wahren! Die Landwirtschaft beinhaltet auch Werte, die der freie Markt nicht einfangen kann.

*K.T.* Der Vernehmlassungsentwurf will eine ökonomische und ökologisch leistungsfähige Landwirtschaft in unserem Land. Gegen diese Vorgabe ist nichts einzuwenden. Wer dieses Prinzip aber will, muss auch die Instrumente dazu schaffen, um es zu erreichen. In diesem Bereich ist der Entwurf viel zu vage. Wir wollen auch künftig einen aussagekräftigen Einkommensvergleich und vor allem Instrumente, mit denen diese Ziele erreicht wer-

den können (z.B. Sicherheitsnetz). Von zentraler Bedeutung ist auch eine verlässliche Finanzierung dieser neuen Politik, die vom Prinzip her zu einer Entlastung der Konsumenten und zu einer Mehrbelastung der Steuerzahler führt (sozialer Umbau).

Zudem muss die Mentalität des Öko-Perfektionismus der Einsicht des ökonomisch «Sinnvollen» weichen. Wir kommen nicht umhin, dafür zu sorgen, dass unter schärferen Wettbewerbsbedingungen nach wie vor ein entscheidender Anteil des bäuerlichen Einkommens am Markt erwirtschaftet werden kann.

**FDP: Wie wird die schweizerische Landwirtschaft in der Zukunft aussehen, wie viele Betriebe werden es sein? Ist die Schweiz noch in der Lage, eine eigenständige Agrarpolitik zu definieren? Wäre ein EU-Beitritt, wie ihn Westschweizer Bauern vor kurzem gefor-**



**Nationalrätin Milli Wittenwiler**

Wattwil, 1943, ev. im Rat seit 1991, dipl. Bäuerin, Hobby: Lesen, Pr. Kant. Bäuerinnenverband  
*Motto oder Priorität:* Erhalten der Berg- und Randregionen (schliesst Landwirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik ein).

## Talon

Bitte senden Sie mir das **Positionspapier der FDP Schweiz zur Landwirtschaftspolitik** zu.

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51. ■



**Nationalrat Karl Tschuppert**

Ettiswil, Mott. Gefreiter, im Rat seit 1983, Landwirt, Hobby: Sport, Pr. Bauernverband Luzern, Vereinigung SEG, SEG-Verband, Ei AG der SEG Zürich/Basel, Silofreie Milchproduzenten der Schweiz.

*Motto oder Priorität:* Spüren, wo es unter den Nägeln brennt, über Lösungen nachdenken und dann handeln.

#### ert haben, für die schweizerische Landwirtschaft eine mögliche Perspektive?

*M. W.* Ich wünsche mir eine auf bäuerlichen Familienbetrieben aufgebaute Landwirtschaft. Sie ist und bleibt eine solide Grundlage unseres Staates. Ein Strukturwandel wird, wie in den vergangenen Jahrzehnten, auch in Zukunft stattfinden. Wenn die Schweiz, als Hochlohnland mit dem grössten Pro-Kopf-Einkommen der Welt, nicht mehr in der Lage sein sollte, eine eigenständige Agrarpolitik zu definieren, dann – ja dann stünde einem Eintritt in das EU-Gebäude nichts mehr im Wege. Nur, die Hoffnung, dass es uns im grossen Palast dann besser geht, wenn es uns nicht einmal gelingt, unser eigenes Häuschen in Ordnung zu halten, die teile ich nicht.

*K. T.* Zum Glück bin ich kein Hellseher. Ich denke aber, dass die Zukunft der Bauern von ihrer Fähigkeit zur Anpassung an die veränderten Bedingungen und

Märkte abhängen wird. Entscheidend wird zudem sein, wie und in welchem Ausmass wir die gemeinwirtschaftlichen Leistungen finanzieren können. Die alles entscheidende Frage ist aber, ob es uns gelingen wird, nicht nur die Preise, sondern auch das gesamte Kostenumfeld an Europa anzupassen.

Ein EU-Beitritt ist für die schweizerische Landwirtschaft kurz- bis mittelfristig keine Perspektive. In dieser Frage unterscheiden sich die Westschweizer von den Deutschschweizer Bauern nicht wesentlich. Unsere gemeinsamen Probleme sind die hohen Kosten und die tiefen Preise. Für diese Problematik sind natürlich die grenznahen Regionen besonders sensibilisiert. *Interview MRS*

## STANDPUNKT

### Die FDP zum Projekt «Agrarpolitik 2002»

Die FDP der Schweiz spricht sich im Grundsatz für die Stossrichtung und die Ziele der «Agrarpolitik 2002» aus, erkennt aber in einigen Bereichen noch zusätzlichen Handlungsbedarf. Neben dem Wunsch nach einer Verstärkung der ganzheitlichen Betrachtungsweise und einem höheren Konkretisierungsgrad der Vorlage wünscht sich die FDP auch vermehrte Rücksichtnahme auf den «menschlichen Faktor» bei der Festlegung des Zeitplanes für die Umsetzung.

*MRS.* Die vom Bundesrat präsentierte Vorlage stellt nach Meinung der FDP eine Arbeit dar, die Anerkennung verdient. Das Reformkonzept «Agrarpolitik 2002» zeigt insgesamt einen realistischen Weg für die Zukunft der schweizerischen Landwirtschaft auf.

Agrarpolitik 2002 stellt einerseits eine Fortsetzung der bisherigen Reformen im Landwirtschaftsbereich gemäss dem siebten Landwirtschaftsbericht von 1992 in Aussicht, knüpft andererseits aber auch an die Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene seither an. Das Projekt «Agrarpolitik 2002» steigert die von der FDP geforderte höhere Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und verbessert die bisherigen Strukturen bzw. passt sie den veränderten Gegebenheiten an. Dadurch wird speziell auch dem veränderten Nachfrageverhalten der Konsumenten Rechnung getragen.

Neben der Fokussierung auf die grössere Wettbewerbsfähigkeit fördert das Projekt «Agrarpolitik 2002» die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Damit trägt es dem Volkswillen Rechnung, wie er u. a. anlässlich der Abstimmung vom 12. März 1995 zum Ausdruck kam.

Die FDP ist sich bewusst, dass das gleichzeitige Anstreben von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen Konfliktpotential beinhaltet. Gerade deshalb hat jede Neukonzeption der schweizerischen Landwirtschaftspolitik auf ein ausgewogenes Zusammenwirken dieser beiden Elemente hinzuarbeiten. Die FDP setzt sich daher für eine ganzheitliche Betrachtung sämtlicher die Agrarpolitik tangierender Aspekte ein. Dies bedeutet auch den Einbezug der vor- und nachgelagerten Bereiche.

Bei alledem ist dem menschlichen Faktor Rechnung zu tragen. Noch so gute Kursänderungen in der Landwirtschaftspolitik müssen diesem zeitlichen Anpassungsbedarf Rechnung tragen. Wer dieses zeitliche Element negiert, beschwört die Gefahr herauf, dass der Bauernstand schliesslich ungenügend adaptierte Entscheide fällt, die grosse Fehlerrisiken in sich bergen. ■

#### Talon

Bitte senden Sie mir die **Vernehmlassungsantwort der FDP Schweiz zum Projekt «Agrarpolitik 2002»** zu.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51. ■

## VERANSTALTUNGEN

### Blick nach vorne

**Ordentliche Delegiertenversammlung,  
Freitag/Samstag, 12./13. April 1996,  
Petit Palais Montreux, Grand-Rue 100**

Freitag, 12. April

#### 14.30–18.00 Delegiertenversammlung Teil 1

- 14.30 Uhr Eröffnungsansprache des Parteipräsidenten  
Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen UR
- 15.00 Uhr Blick nach vorne  
Diskussion von FDP-Grundsätzen und Projekt-  
vorschlägen in drei Aktionsfeldern:  
Arbeit in drei Arbeitsgruppen  
– Finanzpolitik  
– Wirtschaftspolitik  
– Sozialpolitik
- 17.00 Uhr Pause
- 17.30 Uhr Präsentation und Festlegen der künftigen Marsch-  
richtung im Plenum
- 18.00 Uhr Schlusswort des Parteipräsidenten
- 19.30 Uhr Apéritif
- 20.00 Uhr Nachtessen und Unterhaltungsabend

Samstag, 13. April

#### 9.00–12.30 Delegiertenversammlung Teil 2

- 9.00 Uhr Statutarische Geschäfte  
– Jahresbericht  
– Wahlen
- 9.45 Uhr **Parolenfassung zu den eidgenössischen  
Abstimmungsvorlagen**
- 9.45 Uhr Gegenentwurf zur Volksinitiative «Bauern und Kon-  
sumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft»  
Erläuternde Referate:  
Marcel Sandoz, Nationalrat VD  
Karl Tschuppert, Nationalrat LU  
Votum des Bundespräsidenten  
Jean-Pascal Delamuraz (Vorsteher EVD)  
Parolenfassung
- 10.45 Uhr Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz  
(RVGO) vom 6. Oktober 1995  
Podiumsdiskussion  
Teilnehmer  
Pro: René Rhinow, Ständerat, BL  
Françoise Sandan, Ständerätin, GE  
Contra: Toni Dettling, Nationalrat, SZ  
Luzi Stamm, Nationalrat, AG (ange-  
fragt)  
Moderation: Ariane Dayer, L'Hebdo  
Votum von Bundesrat Kaspar Villiger (Vorsteher  
EFD)  
Parolenfassung
- 12.00 Uhr Schluss der Versammlung, anschliessend Apéritif

## VERANSTALTUNG

### Die politische Traktandenliste bestimmen

**Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz führt uns an den Genfersee, nach Montreux, wohin uns unsere Waadtländer Parteifreunde eingeladen haben.**



Aus zwei Gründen kommt der ordentlichen Delegiertenversammlung in diesem Jahr besonderes Ge-

wicht zu: Zum einen steht neben den alljährlich wiederkehrenden statutarischen Geschäften die Neubestellung der Parteiorgane wie Präsidium, Geschäftsleitung und Delegiertenrat an. Zum zweiten wird es darum gehen – nach der Analyse der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Situation unseres Landes an unserer letzten Delegiertenversammlung in Rapperswil –, nun die politischen Schwerpunkte der neuen Legislatur zu bezeichnen und mit Inhalten zu füllen.

Wir möchten die notwendigen Freiräume schaffen, um in einer globalisierenden Wirtschaft bestehen zu können. Dabei gelten folgende Prioritäten:

■ Wir müssen eine Regelung für die Finanzierung der notwendigen Bahninfrastruktur mit Normalinvestitionen, Neat und «Bahn 2000» finden.

■ Das strukturelle Defizit des Bundes muss beseitigt werden. Damit entsteht eine Begrenzung des Staates, welche neue Freiräume schafft.

■ Das Wettbewerbsprinzip muss durchgesetzt werden. Der Markt soll massgebendes Kriterium sein.

■ Die bilateralen Verhandlungen sollen abgeschlossen werden.

■ Die Neuordnung der Verwaltung in Kombination mit einer durchgehenden Aufgabenkritik soll an die Hand genommen werden.

■ Die Bundesverfassung soll nachgeführt werden mit einigen materiellen Reformen im Bereich Volksrechte und Justiz.

Es genügt aber nicht, nur die Lage zu beurteilen und die geeigneten Umbauten zu planen. Wir müssen auch die Traktandenliste für die politische Auseinandersetzung bestimmen. Hierzu soll Montreux den Anfang machen.

*Christian Kauter,  
Generalsekretär FDP  
der Schweiz*

## Talon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen Bitte melden Sie sich mit dem Talon an.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Teilnahme am  Freitag, 12. April  
 Samstag, 13. April

Ich brauche ein Hotelzimmer (alle Zimmer im Hotel Montreux Palace, à Fr. 90.– pro Nacht (EZ) resp. 180.– pro Nacht (DZ) von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_, EZ , DZ

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51.

# Dem KVG eine Chance geben

**Das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) ist seit drei Monaten in Kraft. Nach so kurzer Zeit seine Wirksamkeit bereits beurteilen zu wollen erscheint vermessen. Trotzdem werden von verschiedenster Seite Begehren nach Erlass von Notrecht durch den Bund oder der Wiederherstellung des alten Zustandes laut.**

 **Regine M. Sauter**

Im Vorfeld der Abstimmung hatte sich die FDP für das KVG eingesetzt, und die damals angeführten Argumente haben auch heute noch Gültigkeit: Das neue Gesetz enthält die wesentlichen Voraussetzungen für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und sieht Massnahmen zur Kosteneindämmung vor. Mit der

Einführung der individuellen Prämienverbilligung kommt man vom unsozialen Giesskannensystem weg. Schliesslich kann mit dem neuen KVG der langen Phase von Notrecht ein Ende gesetzt werden.

## Neue Spielregeln und altes Verhalten

Der gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des KVG eingetretene

Teuerungsschub hat verschiedenen Kreisen die willkommene Gelegenheit geboten, die bereits vor der Abstimmung vorgebrachten Argumente gegen das KVG wieder aufzuwärmen und entsprechende Forderungen zur Änderung des Gesetzes zu erheben. Obschon sich die durchschnittliche Erhöhung der Krankenkassenprämien um 25% einfach erklären lässt – Ausbau der Leistungen in der Grundversicherung, Wegfall der allgemeinen Subventionierung der Krankenkassen und die Teuerung im Gesundheitswesen – zögern die Krankenkassen nicht, einen allgemeinen Tax- und Tarifstopp und damit erneut Notrecht zu fordern. Auch die linke Seite lässt keinen Moment ungenutzt verstreichen, ihr Anliegen nach einer von der öffentlichen Hand breit subventionierten Krankenversicherung zu propagieren. Sie fordert, dass die von den Kantonen nicht beanspruchten Subventionen vom Bund direkt zur Verbilligung der Prämien eingesetzt werden.

## Ursache und nicht Wirkung bekämpfen

Dem KVG bereits heute zu unterstellen, es löse das Versprechen nach mehr Wettbewerb nicht ein, kann wohl kaum ernst gemeint

sein, denn Wettbewerbskräfte brauchen Zeit, um sich entwickeln zu können, und die einzelnen Marktteilnehmer müssen sich von den im geschützten Umfeld lieb gewordenen Gewohnheiten verabschieden. Weder ist die lenkende und verteilende Hand des Staates noch sind kartellistische Absprachen zwischen den einzelnen Teilnehmern mehr gefragt. Jeder Akteur – Versicherer, Versicherter, Leistungserbringer und Kanton – soll die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, mit seinen Partnern verhandeln und kostenbewusst handeln. Die nun in Gang gekommene Diskussion zeigt deutlich, wo die eigentlichen Probleme liegen. Die Prämien widerspiegeln lediglich die Kosten für das Gesundheitswesen, und gegen deren stetigen Anstieg gilt es sinnvolle Lösungen zu finden. Indem mit dem neuen KVG das Kostenbewusstsein des einzelnen geweckt wurde, ist ein erster Schritt getan. Der Erlass von Notrecht wäre hingegen das Falscheste. ■

## Zum Fenster hinaus geredet

RS. – Unter dem Motto «Was ich schon immer mal sagen wollte» benutzten in der dritten Woche der Frühjahrsession Parlamentarierinnen und Parlamentarier quer durch das politische Spektrum die Gelegenheit, ihren Unmut über das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu äussern. Anlass für die medienwirksam inszenierte Grundsatzdebatte boten drei dringliche Interpellationen der CVP, der SVP und der SP.

Wer Fragen stellt nach den Massnahmen, die der Bundesrat zur Eindämmung der Kostensteigerung im Gesundheitswesen, zum Einfluss auf die Spitalplanung der Kantone, gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien oder zum System der Prämienverbilligung in den Kantonen zu ergreifen gedenke, beweist, dass er nicht verstanden hat, was mit der Einführung des neuen KVG beabsichtigt und bezweckt wurde. Im übrigen lassen solche Fragen die Instrumentalisierung des Sprechers durch bestimmte Krankenkassen von weitem erkennen. Dass die SP die Gelegenheit benutzt, die Umsetzung des KVG als Sozi-

alabbau zu bezeichnen und entsprechend vom Bundesrat den umgehenden Vorschlag für einen Dringlichen Bundesbeschluss fordert, war ausserdem zu erwarten.

Wer eine Diät beginnt und nach zwei Tagen feststellt, dass er noch nicht abgenommen hat, wird sich vielleicht ärgern, sich aber im Prinzip nicht wundern und, wenn auch unter Zähneknirschen, das Fasten fortsetzen. Die Kur abzubrechen wäre absurd. Genausowenig Sinn macht es, dem KVG bereits heute zu unterstellen, es löse seine Versprechen nicht ein. Dass die Umstellung auf das neue System schmerzlos vor sich gehen würde, hat im Vorfeld der Einführung des Gesetzes niemand behauptet. Die hohen Gesundheitskosten in der Schweiz machen sich nun einfach überdeutlich bemerkbar. Im Grunde, so ein Kommentar in der medialen Berichterstattung über die KVG-Debatte, waren sich darin alle Interpellanten auch einig. Drei Stunden lang. Eine Frage sei erlaubt: A quoi bon? ■

## Talon

Bitte senden sie mir das

### Fact-Sheet der FDP zum KVG

zu

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Bitte senden oder faxen an:

FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51.

KOMMENTAR

Was haben Bodenmann und Blocher gemeinsam?



Natürlich ist hier hier nicht die Rede davon, dass beide Namen mit B beginnen oder beim ersten Vokal auf ein O stossen. Es geht um Politisches. Peter Bodenmann, Präsident der SPS, und Christoph Blocher, Präsident der SVP Zürich und des häufig dominierenden rechten Flügels in der Schweizer SVP, haben zwar das politische Heu gar nicht auf der gleichen Bühne, und sie schenken sich auch nichts. Aber beide stehen als Exponenten von Regierungsparteien in einem «Randgruppen-Verhältnis» zur Regierungspolitik.

Bei *Blochers SVP-Hälfte* ist dies besonders deutlich im Immobilismus in der Europafrage – auch über den Spielraum der bilateralen Verhandlungen hat er sich bisher noch nie konkret geäussert. Aber auch in der Drogenpolitik geht dieser SVP-Teil seine eigenen, für die Lösung der schwierigen Probleme ungünstigen Wege. Am schwersten wiegt wohl, dass *Blocher immer wieder generelle Angriffe gegen «Bern»* vorgebracht und damit das Vertrauen in die Bundespolitik als Ganzes in Frage gestellt hat. Bewegungsansätze, wie etwa der Vorschlag einer Freihandelszone mit Nordamerika, sind zwar nicht abwegig, aber sie sind vor allem kein Ersatz zur Lösung der Europafrage, sind doch die Handelsbeziehungen mit der EU fast zehnmal grösser.

*Bodenmanns* Sozialdemokratische Partei gebärdet sich zwar als eine der massgeblichen Regierungsparteien, aber sie verfolgt in grundlegenden Fragen einen Kurs, der dem der bürgerlichen Parteien diametral entgegensteht. In ihrer Delegiertenversammlung erreichte die Armeeebschaffungsinitiative ein Zweidrittelmehr an Ja, wenn auch aus taktischen Gründen nachher Stimmfreigabe beschlossen wurde. Mit der eige-

nen Armeehalbierungsinitiative hat sie sich auf die *Armeeebschaffung in Raten* festgelegt. Die SPS rühmte ihren Sparminister Otto Stich, verlangt aber in ihrem Wirtschaftsprogramm jährliche *Mehrausgaben des Bundes von nicht weniger als 20 Milliarden Franken* in einem Moment, in dem wir grösste Mühe haben, aus den Defiziten herauszukommen. Sie beharrt auf ihrer *Staatsgläubigkeit* – ohne Rücksicht auf die Wirtschaft, die dringend eines Abbaus der behindernden Staatsvorschriften bedarf. Es kümmert sie nicht, dass durch ihre Militärpolitik Tausende von Arbeitsplätzen abgeschafft werden, obwohl sie sich angeblich immer für die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzt.

Was nicht minder erstaunlich ist: diese «Regierungs-Randparteien» zeichnen sich durch *Arroganz im Umgang mit ihren Partnern* aus. Bodenmann hat in der «Roten Revue» (Nr. 1/1996) selbstbewusst auf die eigene Brust geklopft und die Grünen, die Feministinnen und die anderen Gruppen aufgefordert, sich dem Führungsanspruch der SP unterzuordnen – was allerdings von den Betroffenen mit wenig Freude aufgenommen wurde. Nicht viel weniger überheblich ist es, wenn Blocher am Kantonalparteitag der Zürcher SVP Ende Februar der FDP gegenüber erklärte, sie solle sich darüber klar werden, ob sie in Zukunft lieber mit der SVP oder der SP gehen wolle.

Solche Provokationen werden die FDP nicht hindern, *auch künftig ihren eigenen bürgerlichen Kurs* zu gehen und konstruktive Lösungen für die zahlreichen, wichtigen anstehenden Probleme zu suchen. Wir brauchen Parteien, die die *volle Verantwortung* in allen wichtigen Bereichen tragen und die nicht in wichtigen Teilbereichen ihr populistisches Sonderzügeln fahren.

Kurt Müller (Meilen)

FACT DES MONATS

Rote Zahlen

Zum ersten Mal seit 16 Jahren schreiben die drei staatlichen Sozialwerke AHV, IV und EO rote Zahlen. Das Rechnungsergebnis der drei Einrichtungen der Sozialversicherung weist für 1995 ein Gesamtdefizit von 95 Millionen Franken aus. Während das Bundesamt für Sozialversicherungen erst für 1997 mit einem Defizit in der AHV rechnete, fiel der AHV-Überschuss bereits 1995 auf gerade noch 9 Millionen.

MRS. Da hiess es noch während des Abstimmungskampfes um die 10. AHV-Revision aus dem Departement Dreifuss, erst nach dem Jahr 2000 schreibe die AHV rote Zahlen. Auf freisinnige Warnungen hin, verschiedene Zahlen würden auf baldige finanzielle Schwierigkeiten der AHV hinweisen, reagierte Bundesrätin Dreifuss mit einem offenen Brief und warf den Warnern den Missbrauch der Angst in der Politik vor, departementsinterne mahnende Stimmen mussten auf bundesrätliche Order hin verstummen. Inzwischen musste sich die Sozialministerin korrigieren und verkünden: Ab 1996 drohen AHV-Defizite.

Die Warner haben recht bekommen. Beunruhigende Signale also. Die Orientierung am sozialpolitisch Mach- und Finanzierbaren ist daher unabdingbar. Nur so können die Sozialwerke auch in Zukunft gesichert werden.

Sie braucht.



Spende Blut. Rette Leben.

Jungfreisinnige statt Jungliberale

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) heisst ab sofort Jungfreisinnige Schweiz (JF Schweiz). Die Umbenennung wurde anlässlich eines ausserordentlichen Kongresses in Bern beschlossen.



Jungliberale Bewegung der Schweiz

Auch das Logo wird einem neuen Erkennungszeichen weichen.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Dr. Markus R. Seiler (MRS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren. Einzelnummer Fr. 2.- Jahresabonnement Fr. 20.-

# Konsequenzen neuer Arbeitszeitmodelle

Die Idee, die Arbeitslosigkeit sei mit einer generellen Verkürzung der individuellen Arbeitszeit zu reduzieren, erlebt zurzeit wieder eine Renaissance. Dies nicht zuletzt durch die undifferenzierte Berichterstattung in einigen wenigen Medien und durch tatsachen-

**Peter Grünenfelder**

Um es vorwegzunehmen, bisherige praktische Erfahrungen zeigen, dass sich die generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Trugschluss erweist. Die Einführung von Teilzeitmodellen dagegen kann, wenn sie mit einer Liberalisierung der Arbeitsgesetze einhergeht, beschäftigungsstimmulierende Impulse auslösen.

Die Problematik bei einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit stellt sich einerseits darin, dass bei einer Nichtreduktion der Löhne im proportionalen

**Gleichzeitig haben die Stimmenfänger der SP offenbar gewollt länderübergreifende Studien nicht beachtet.**

Ausmass die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes massiv abnimmt. Da die Linke nicht bereit ist, eine Lohnreduktion zu akzeptieren, würde ein solches Modell in der Praxis zu einer Strangulation unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Wir könnten unsere Produkte nicht mehr im Ausland absetzen, weil sie preislich auf einem solch hohen Niveau zu finden wären, welches niemand mehr bezahlen könnte.

## Kein Beschäftigungsschub durch generelle Arbeitszeitverkürzung

Andererseits verstärkt sich im Falle einer spürbaren Reduktion der Arbeitszeit bei gleichzeitig staatlich diktiertem Lohnverzicht, wie das Beispiel Deutschland eindrücklich zeigt, das Volumen an Schwarzarbeit massiv. Damit ent-

gehen dem Staat Steuern in Milliardenhöhe. Um seine Finanzeinnahmen in gleichem Ausmass sicherzustellen, muss die Regierung dann die Steuerprocente auf dem bereits reduzierten «offiziellen» Einkommen weiter erhöhen. Die Beschäftigung wird durch die generelle Arbeitszeitverkürzung nicht systematisch gefördert – das Gegenteil ist der Fall. Die Verkürzung hat vielmehr Auswirkungen auf die unternehmerischen Produktionsverfahren, was tendenziell verstärkte Rationalisierungen, eine vermehrte Ausrichtung an kapitalintensiveren Tätigkeiten und eine Verlagerung von arbeitsintensiven Tätigkeiten ins Ausland zur Folge hat. Gleichzeitig haben die Stimmenfänger der SP offenbar gewollt länderübergreifende Studien nicht beachtet. Die vorgenommene Arbeitszeitverkürzung in Deutschland auf 35 Stunden pro Woche hat weder einen Beschäftigungsschub noch einen beschleunigten Produktivitätsschub gebracht, wohl aber die Wachstumspotentiale zerstört. So weisen beispielsweise die Amerikaner und Japaner – nicht zuletzt, weil sie um drei Monate jährlich mehr als ihre deutschen Kollegen arbeiten (in Arbeitsstunden gerechnet) – bedeutend höhere Produktivitätszuwachsrate und ein stärkeres Wirtschaftswachstum aus.

Die Teilzeitarbeit dagegen nimmt Rücksicht auf neue gesellschaftliche Werthaltungen und ist, umfassend implementiert, als effizienter Ansatz zu betrachten. Besteht z. B. das Einkommen eines Ehepaares aus je 50% Teilzeitarbeit, kann dies für die jeweilige Unternehmung auch zu Produktivitätsgewinnen führen.

verfälschende Behauptungen von Parlamentariern der sozialistisch-kommunistischen Fraktion in Bern. Die Idee von Teilzeitmodellen ist aber, anders als die von den Linken geforderte generelle Verkürzung der Arbeitszeit, als ein prüfenswerter Ansatz zu betrachten.

Der Unternehmung wird die Möglichkeit geboten, ihre Mitarbeiter vor allem in den Zeiten zu beschäftigen, in denen deren Ar-

**Der Unternehmung wird die Möglichkeit geboten, ihre Mitarbeiter vor allem in den Zeiten zu beschäftigen, in denen deren Arbeitskraft wirklich benötigt wird.**

beitskraft wirklich benötigt wird. Damit steigt ebenso die Arbeitsleistung des Teilzeitmitarbeiters, welche auf seine geringere Anzahl an Leerzeiten und Absenzen sowie seine höhere Arbeitsmotivation und schnellere Erledigung von Aufgaben zurückzuführen ist. Eine Teilzeitarbeit orientiert sich dann an den Tages-, Wochen- und Monatsschwankungen des Arbeitsvolumens im Unternehmen. Die Unternehmensberatung McKinsey schätzt, dass mit solchen Teilzeitarbeitsmodellen zwischen 10 000 und 20 000 neue Stellen in der Schweiz geschaffen werden könnten.

## Notwendige Liberalisierung des Arbeitsrechts

Um Teilzeitarbeitsmodelle zu fördern, wo mehr als eine Person zum Einkommen der Familie beiträgt, ist es aber notwendig, bestehende rechtliche und sozialistisch initiierte politische Hindernisse zu beseitigen. Die tägliche Arbeitsgrenze ist generell zu erweitern. Vielfach besteht bei Unternehmen nämlich das Bedürfnis nach Erledigung von Arbeit ausserhalb der bisherigen geregelten gesetzlichen Arbeitszeiten. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen ist aufzuheben, ohne

zugleich den von linker Seite im Parlament unterstützten generellen Ausbau der Mitarbeiterregulierung in der Nacht- und Wochenarbeit zu realisieren. Gerade in diesem Kontext ist die Ergreifung des Referendums gegen das vom Parlament verabschiedete neue Arbeitsgesetz unverständlich. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Unterstützung eines stärkeren Wirtschaftswachstums ist – einmal mehr – eine Leerformel.

Die Liberalisierung im Sinne der Teilzeitarbeit verlangt darüber hinaus eine flexible Gestal-

**Das Nachtarbeitsverbot für Frauen ist aufzuheben, ohne zugleich den von linker Seite im Parlament unterstützten generellen Ausbau der Mitarbeiterregulierung in der Nacht- und Wochenarbeit zu realisieren.**

tung der wöchentlichen Maximalarbeitszeit. Durch saisonale Schwankungen im Arbeitsvolumen soll es der Unternehmung erlaubt sein, ihre Teilzeitarbeitnehmer auch einmal bei grossem Arbeitsanfall bis zu 48 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Und zugleich sind die heute existierenden Gesamtarbeitsverträge neu zu definieren. Statt fixer Regeln sollen Rahmenbedingungen formuliert werden, die für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer als akzeptierbar gelten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen soll es den Unternehmen, den Mitarbeitern und den Arbeitnehmervertretern freigestellt bleiben, eine den individuellen Bedürfnissen angepasste Lösung zu finden. ■

# Uri: Erste Regierungsrätin gewählt

Die freisinnige Altdorfer Landrätin und Rechtsanwältin Dr. iur. Gabi Huber zieht als erste Frau in die Urner Regierung ein. Sie kam bei den Wahlen vom 10. März auf den hervorragenden dritten Platz. Wir haben mit ihr kurz nach der Wahl ein Interview geführt.

**Madeleine Kuhn-Baer\***

**Gabi Huber, ganz herzliche Gratulation zu Ihrer glanzvollen Wahl in den Regierungsrat des Kantons Uri. Wie fühlen Sie sich jetzt, eine halbe Woche nach der Wahl?**

*Gabi Huber:* «Es ist ein grossartiges Gefühl, als erste Regierungsrätin des Kantons Uri gewählt zu sein. Das grosse Wohlwollen, das ich vor und nach der Wahl erfahren durfte, berührt mich echt. Ich geniesse diese Zeit. Denn ich weiss, dass der Alltag bald einkehren und der Wind rauher blasen wird.»

**Worauf führen Sie Ihr Glanzresultat zurück?**

*Gabi Huber:* «Ich glaube, dass meine bisherige politische Arbeit und die Möglichkeit, erstmals eine Frau zu wählen, zum guten Resultat beigetragen haben.»

**Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?**

*Gabi Huber:* «Es hat eigentlich gar kein «Kampf» stattgefunden.

\* Landrätin aus Glarus

## KURZBIOGRAPHIE

### Gabi Huber

Dr. iur. Gabi Huber ist 40jährig, Rechtsanwältin und Notarin sowie ab 1. Juni 1996 erste Regierungsrätin des Kantons Uri. Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg i. Ue. und einem Amerikaaufenthalt eröffnete sie 1982 ein Anwalts- und Notariatsbüro in Altdorf. Von 1984 bis 1995 war sie stellvertretende Jugend-

anwältin des Kantons Uri im Nebenamt. Seit acht Jahren ist Dr. Gabi Huber Landrätin, von 1987 bis 1993 war sie Mitglied und zuletzt Präsidentin des Fürsorgerats Altdorf. 1991 präsidierte sie die Geschäftsprüfungskommission und ab 1994 die Finanzkommission. Ebenfalls seit 1994 ist sie Mitglied der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Sie amtiert zudem seit 1992 als Präsidentin des Neat-Kontaktgremiums. ■

**Wie haben Sie den Wahlkampf organisiert? Wer hat Ihnen dabei geholfen?**

*Gabi Huber:* «Den Wahlkampf habe ich zusammen mit Fraktionskollegen und zwei Parteifreunden, die professionelle Erfahrung in politischer Werbung haben, organisiert. Wir mussten keinen übermässigen Aufwand betreiben, weil alle Parteien eine gemeinsame Wahlliste mit entsprechender überparteilicher Empfehlung herausgegeben haben.»

**Wurden Sie von Ihrer Partei, der FDP, immer voll unterstützt?**

*Gabi Huber:* «Ich bin seit 1984 in der FDP und kann mir keine andere politische Heimat in unserem Kanton vorstellen. Die Unter-



Die neugewählte Regierungsrätin, Dr. Gabi Huber.

stützung war stets da. Aber ich habe auch immer klar selbst geäussert, was ich will bzw. wofür ich kandidieren möchte. Ich finde es falsch, wenn Frauen einfach warten, bis sie zur Übernahme eines Amtes angefragt werden. Ich habe mich immer akzeptiert und respektiert gefühlt, auch wenn ich ab und zu von der Mehrheitsmeinung der Partei abgewichen bin.»

**Welche Prioritäten werden Sie in Ihrer Arbeit als erste Regierungsrätin des Kantons Uri setzen?**

*Gabi Huber:* «Dies hängt davon ab, welches Departement ich zugewiesen werde. Unabhängig davon möchte ich die Frauenanliegen stets im Hinterkopf behalten und bei allen Geschäften einbringen und meinen Kollegen verständlich machen. Ich möchte auch nach aussen ein wenig Botschafterin des Kantons Uri sein. Vielfach habe ich nämlich den Ein-

druck, dass man uns vorwiegend als rückständigen Sonderfall wahrnimmt. Dieses Bild stimmt ganz und gar nicht.»

**Herzlichen Dank für das Interview sowie viel Erfolg und Befriedigung bei Ihrer neuen Arbeit im Dienste des Kantons Uri.** ■

## Ab 11. Mai DV in Bern

*mb.* Am Samstag, 11. Mai 1996, findet in Bern die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz statt. Dabei stehen Gesamterneuerungswahlen des Vorstandes an. Anträge von Mitgliedern, die an der DV traktandiert werden sollen, sind sechs Wochen vorher dem Vorstand einzureichen. ■

# Frauenkongress – Fragen und Antworten

## Antwort an Herrn Ochsner («Freisinn» Nr. 3/96)

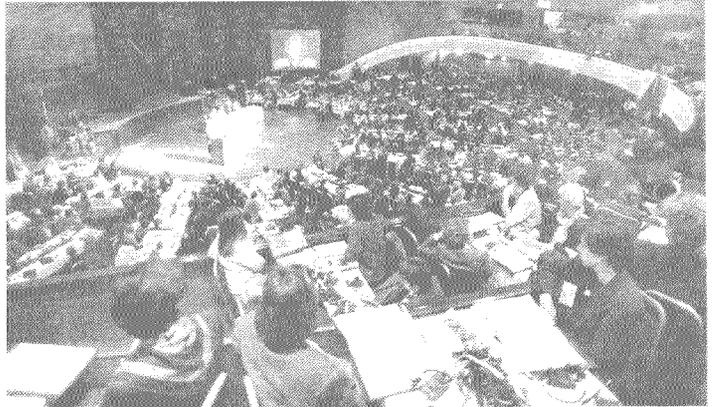
*Sehr geehrter Herr Ochsner*

Der Zufall und die Aktualität haben es erlaubt, dass Ihr Brief über den Frauenkongress in derselben Nummer erschien wie ein Bericht der PR-Beauftragten dieses Kongresses, Gabriela Winkler. Da Sie selbst diesen Kongress nur aus Presseberichten verfolgt haben, sind Ihnen nun die Hauptstossrichtungen, die unser Vorstand zur Diskussion vorlegte, etwas vertrauter geworden. So möchte ich eher auf den Auftrag dieses Kongresses zurückkommen.

Organisatorinnen dieses alle 25 Jahre stattfindenden Kongresses sind die grossen Frauenverbände unseres Landes, Gewerkschaften und Frauen aus den Parteien, die insgesamt mehr als eine Million Frauen vertreten. Es handelt sich also nicht um einen Parteikongress, sondern um ein breitgefächertes Treffen engagierter Frauen. Es ist ein einzigartiger Versuch, über ideologische Grenzen hinweg, für die Frauen relevante Fragen anzugehen und aus Frauensicht Stossrichtungen, Lösungsansätze über alle grossen nicht ausschliesslichen Probleme, die unser Land in den nächsten Jahren zu bewältigen hat, zu diskutieren. Eine Heraus-

forderung, ist es doch somit gelungen, im Unterschied zum letzten Frauenkongress, einen Generalkongress zu verhindern.

Wir freisinnigen Frauen wissen nur zur Genüge, dass die Frauenszene eher von linksdenkenden Frauen besetzt wird. So setzen wir uns in der Partei seit Jahren ein, um unsere eigenen Prioritäten zu setzen und z. B. im liberalen Manifest und in der Mutterschaftsversicherung Vorarbeit zu leisten und somit Frauen für unsere Partei zu gewinnen. Bürgerliche Frauen waren an diesem Kongress untervertreten und verpassten es somit, die Teilnehmerinnen mit unserer politischen Sensibilität zu konfrontieren. An der Plenarsitzung, die die Resolutionen unter der Leitung der Generalsekretärin des Schweiz. Gewerkschaftsbundes verabschiedete, sass im Saal nur noch wenige bürgerliche Frauen. Für diese war es schwierig, ihre eigenen Positionen zu verteidigen. Noch weniger war es mir als Präsidentin möglich, mich in die Debatte einzumischen. Was meine eigenen Positionen in bezug auf Halbierungsforderungen und Quoten betrifft, habe ich der Presse mehrmals erklären dürfen. Seither wurden meine Stellungnahmen auch von einigen feministischen Frauengruppierungen scharf kritisiert.



Der Frauenkongress und dessen Resultate erhitzen freisinnige Gemüter. (Photo Keystone)

Der Kongress bleibt, trotz diesen widersprüchlichen Kritiken, eine einmalige Gelegenheit, Frauen Mut zu schaffen und Leitplanken für die Zukunft zu formulieren. Jede Politikerin wird dieses breit angelegte Spektrum von Forderungen analysieren und ihre eigenen Grenzen ziehen müssen. Aber eines dürfen wir nicht ver-

gessen. Es ist ein Kongress der Basis, und das sollte uns ein bisschen hellhörig machen, auch wenn uns vieles dabei nicht passt.

Mit freundlichen Grüssen  
*Christiane Langenberger-Jaeger,*  
Nationalrätin  
(Präsidentin des  
5. Schweiz. Frauenkongresses)

## Antwort an Herrn Ochsner («Freisinn» Nr. 3/96)

*Sehr geehrter Herr Ochsner*

Eine Liste der Resolutionen im Wortlaut wurde sehr wohl publiziert. Sie stand am Ende des Kongresses allen Medienschaffenden zur Verfügung – wurde indessen nur in der «Mittellandzeitung» (AT/OZ/ZT) und in der «Berner Tagwacht» abgedruckt, wobei sich die erstgenannte Zeitung auf die Veröffentlichung der Forumsresolutionen zu den Schwerpunktthemen des Kongresses, die im letzten «Freisinn» resümiert wurden, beschränkte. Dass zu den Forumsresolutionen das Wort nicht ergriffen wurde, stimmt nur bedingt. An den samstäglichen Foren wurden alle Resolutionen intensiv diskutiert, abgeändert und ergänzt. So gab es am Sonntag dazu kein Diskussionsbedürfnis.

Die von Ihnen besonders be-

anstandete Resolution befindet sich nicht unter den vom Vorstand erarbeiteten und in den Foren besprochenen. An diesem Kongress wurden auch Resolutionen aus Workshops dem Plenum vorgelegt, die nicht der freisinnigen Parteilinie und auch nicht derjenigen aller Teilnehmerinnen, aber eben der Mehrheit der am Sonntag Anwesenden und Abstimmenden entsprachen. Dass darunter nicht sehr viele freisinnige Frauen waren, könnte durchaus damit zusammenhängen, dass die alljährliche a. o. DV am gleichen Wochenende wie der alle 25 Jahre stattfindende Frauenkongress stattfand... Wenn Sie sich wirklich ein Bild dieses Kongresses machen wollen, bestellen Sie doch einfach unseren Kongressbericht. Er erscheint im Juni – mit allen Referaten und Resolutionen.

*Gabriela Winkler,*  
Oberglatt

Was meinen Sie? Was meinen Sie?  
**Was meinen Sie?**  
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?  
 Schreiben Sie uns!  
 Unsere Adresse:  
 Redaktion «Der Freisinn»  
 FDP Schweiz  
 Postfach 6136  
 3001 Bern

## Frauenkongress – Verzerrende Berichterstattung

*Sehr geehrte Damen  
und Herren*

Gemäss «Facts» vom 26. 1. 96 will Frau NR Langenberger den «Elan der Utopien und Visionen weiterführen», und NR Lili Nabholz meint gar, wer Frauenanliegen thematisiere, liege in der FDP oft und rasch quer. Und nun kommt das Parteiblättli der FDP und meint auch noch, die Präsidententätigkeit von NR Langenberger hochjubeln zu müssen. Ja im Namen welcher Frauen denn sprechen die beiden «Hoffungsträgerinnen»? Sicher nicht im Namen der Mehrheit der FDP-Frauen, wie aus Leserbriefen empörter Frauen hervorgeht, die nicht verstehen können, wie man sich bürgerlichseits so kritiklos den sozialistischen und feministischen Forderungen gegenüber verhält.

Warum wohl masst sich Frau NR Langenberger diese opportunistische Haltung an? Glaubt sie im Ernst, damit einen Bundesratssitz ergattern zu können? Unter Frau Langenbergers Leitung wurde ohne vorangehende Dis-

kussion die SP-Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben mit 86% (!) befürwortet. Warum wohl wehrt sie sich nicht vehement gegen diese Resolution? Wo bleiben da die Prinzipien, die Loyalität?

Tief lässt blicken und zu grösster Besorgnis gibt Anlass, wenn im FDP-Parteiblatt keine kritische Beurteilung des Frauenkongress-Postulates nach einer vollen AHV-Rente für Mann und Frau ab dem 62. Altersjahr anzutreffen ist. Die euphorische Berichterstattung über den Frauenkongress legt die Vermutung nahe, dass man Frau Langenberger vor Kritik bewahren will. Aber, man hat's gemerkt und ist verstimmt. Hoffentlich merkt es auch der neue FDP-Finanzminister, der ja so sehr aufs Sparen aus ist, wie wir im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 10. März zur Kenntnis nehmen mussten.

Alles in allem: eine die bürgerlichen Anliegen enttäuschende Präsidentin und eine verzerrende Berichterstattung.

*Béatrice Fischer, Stans*

## Milchmädchen-Rechnung

*Sehr geehrte Damen  
und Herren*

Ich schätze die gut fundierten Artikel in Ihrer Zeitung sehr, auch wenn ich der Meinung bin, dass man ruhig noch mehr «Hintergrundinformationen» liefern dürfte. Gerade das Medium Ihrer Zeitung wäre optimal geeignet, mit gut recherchierten Fakten ein interessiertes Publikum anzusprechen und die Richtigkeit unseres Weges aufzuzeigen wie auch Diskussionshilfen zu bieten.

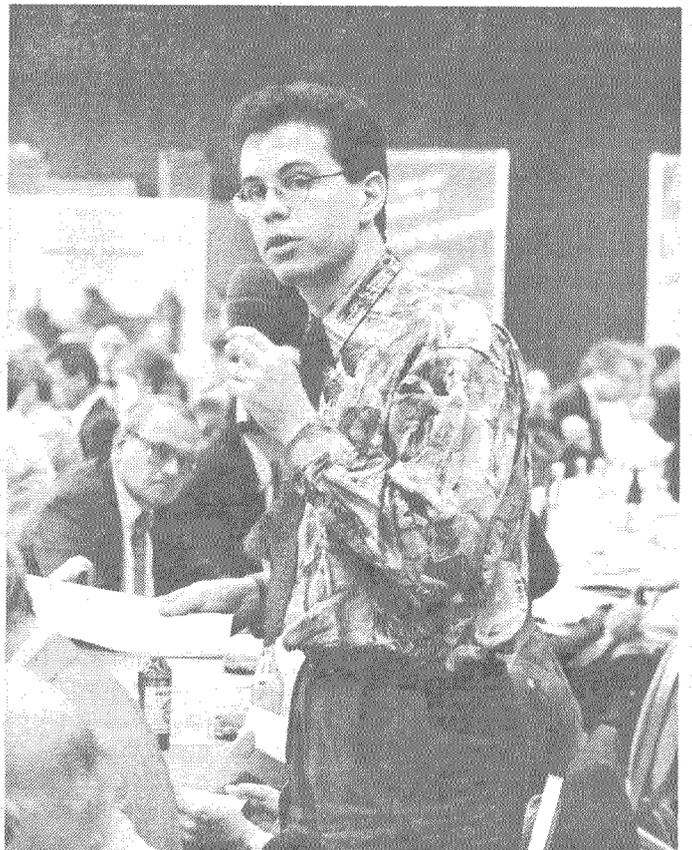
Man sollte es aber vermeiden, sich in plakativen Äusserungen zu erschöpfen. Als eine nicht gerade gelungene Arbeit möchte ich die Tabelle auf Seite 6 in der letzten

Ausgabe (Nr. 3) anführen. Auch wenn gewisse Daten von grösster Wichtigkeit sind, so könnte man das nächstmal ruhig auf gewisse Vergleichszahlen verzichten.

Die Rubriken – Länge eines Bandes in Kilometern, wenn der Betrag in Hunderternoten aneinandergelegt würde... – Welche Fläche in Quadratkilometern... – Wie lange braucht ein Mensch, um den Betrag... – sind Milchbüchlein-Rechnungen und einer Zeitschrift wie der Ihrigen nicht würdig.

Ich hoffe, dass Sie meine wohlwollende Kritik positiv aufnehmen, und verbleibe mit freundlichen Grüssen

*Rolf Welti, Zürich*



Die Jungen vermehrt zu Wort kommen lassen – denn auch sie haben etwas zu sagen. (Photo Ruti)

## Herausforderungen für die FDP

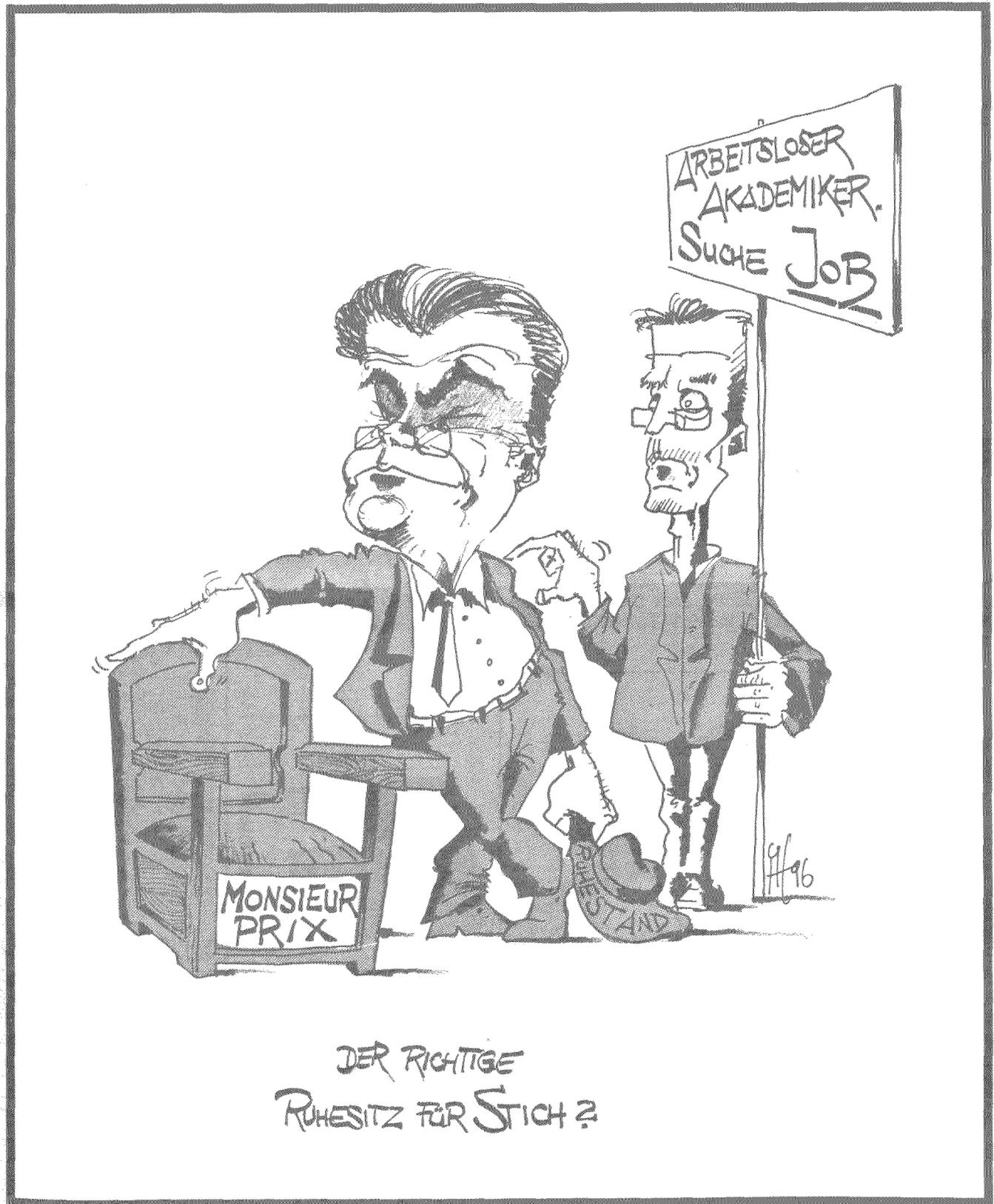
*Sehr geehrte Damen  
und Herren*

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, das ich den Kantonalparteien auf den Weg ins Jahr 1996 geben möchte: Es gibt wohl leider keine andere Partei als die FDP, die es nicht fertig bringt, junge Politikerinnen und Politiker in die kantonalen und eidgenössischen Parlamente zu bringen. Mit meiner Mitgliedschaft bei den Jungliberalen und einem jungen Dorfparteipräsidenten hatte ich selbst die Gelegenheit, sehr fähige, junge freisinnige Politiker und Politikerinnen kennenzulernen. Manche davon könnten nebst ihrer grossen Sachverständigkeit auch Spritzigkeit und Aufgeschlossenheit in unsere Parlamente bringen, wie ich sie

leider allzuoft bei einigen Vertretern der älteren Generation vermisse.

Herausforderung 1996 für die FDP: den jungen Kräften eine Chance, Aufgeschlossenheit und keine Politik auf dem «hohen Ross» mehr!

*Annetta Steiner, Dietlikon*



DER RICHTIGE  
RUHESITZ FÜR STICH?

Karikatur Andreas Töns

# An Ostern denken

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Denken Sie an Ostern! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber

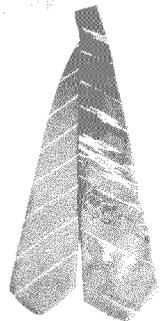
schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

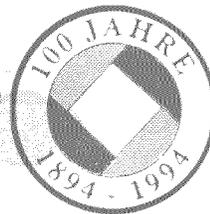


Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



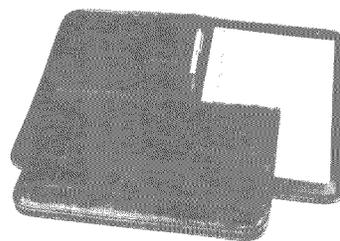
**Politische Rundschau**  
**Revue politique**

Für eine Schweiz mit Zukunft  
Hundert Jahre FDP der Schweiz

Pour une Suisse tournée vers l'avenir  
Cent ans de PRD Suisse



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.

Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.

## Talon

### Ich bestelle:

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.-   | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm à Fr. 35.-        |
| <input type="checkbox"/> Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte classic à Fr. 40.-  |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille à Fr. 44.-     | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte new look à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm à Fr. 30.-     | <input type="checkbox"/> Ex. Festschrift à Fr. 15.-       |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm à Fr. 30.-      | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.- |

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.